

Ausbildung? Gibt's das auch in gut?

Mit der Frage, wie es nach der Schule weitergehen soll, sind wir alle früher oder später konfrontiert. Eine der Möglichkeiten, die viele junge Menschen wählen, ist der Beginn einer Berufsausbildung. Mit diesem Antrag wollen wir als GRÜNE JUGEND Bayern konkrete Verbesserungen für die Auszubildenden (Azubis) fordern und uns für eine bessere Lebensrealität von Auszubildenden einsetzen.

Deshalb fordern wir:

- Die Berufsorientierung im schulischen Bereich muss verbessert werden: Im Rahmen des Schulunterrichts sollen, gerade an Gymnasien, mehr Informationen zu Ausbildungen angeboten werden. Es sollen mehr verpflichtende Praktika durchgeführt werden, um so verschiedene Möglichkeiten ausprobieren zu können und den Schüler*innen eine gute Orientierung über verschiedene Berufsfelder zu ermöglichen. Hierfür ist es wichtig, dass es auch eine gute personelle Betreuung für die Auswahl der Praktika gibt und dass Berufsberatungsprogramme besser finanziert werden.
- Gerade im ländlichen Raum ist Mobilität eine große Hürde für Auszubildende. Unzuverlässiger, unregelmäßiger und teurer öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist ein großes Problem. Nicht nur hindert er Auszubildende daran, zu ihrem Betrieb oder der Schule zu gelangen, junge Menschen werden generell an der Teilhabe an Gesellschaft, Kultur, Politik, etc. ausgeschlossen. Wir fordern ein bundesweit gültiges, dauerhaftes 9€-Ticket für den ÖPNV und den Regionalbahnverkehr sowie eine kostenfreien ÖPNV für alle Menschen unter 18. Langfristig sollte der ÖPNV für alle kostenlos und ticketfrei sein. Der ÖPNV muss außerdem ausgebaut werden, wozu eine Mobilitätsgarantie in jedem Ort von 5 bis 24 Uhr gehört. Gleichzeitig fordern wir, dass Betriebe dazu verpflichtet werden, Fahrtkosten ihrer Auszubildenden zu übernehmen.
- Viele Auszubildende haben die Möglichkeit oder sind gezwungen, für ihre Ausbildung ihren Wohnort zu wechseln, benötigen dafür allerdings auch bezahlbaren Wohnraum. Dies schaffen wir mit unseren Forderungen zu Wohnungspolitik und einer höheren Mindestvergütung und fordern den Bau von Wohnheimen auch für Auszubildende. Unser Ziel ist, eine Struktur für gemeinsamen und geförderten Wohnraum für Azubis und Studis zu haben, erreicht durch die perspektivische Zusammenlegung von Studierenden und Auszubildenden, in dem alle Menschen während ihrer Ausbildung Platz finden.

- Die gemeinsam mit den Gewerkschaften erkämpfte Mindestausbildungsvergütung ist ein guter erster Schritt. Sie beträgt aktuell 585 € im ersten Lehrjahr. Aber das reicht noch lange nicht aus. Wir fordern punktuell die Erhöhung der Mindestvergütung auf 1200 € und abhängig von Inflation und veränderten Lebenshaltungskosten eine Anpassung.
- Die Berufsausbildungsbeihilfe und das Schüler*innen-BaföG sind nur zwei Förderprogramme, durch die staatliche Hilfe an Auszubildende gezahlt wird. Wir fordern, die Förderprogramme insgesamt zu vereinheitlichen und nur noch ein unbürokratisches, rückzahlungsfreies BaföG für alle auszubezahlen. Außerdem müssen die Zugangshürden zu den verschiedenen Programmen gesenkt werden. BaföG muss vor allem elternunabhängig sein, Zuverdienstgrenzen müssen erhöht werden und es muss sichergestellt werden, dass Entschädigungen für Ehrenämter nicht angerechnet werden.
- Unternehmen und Betriebe dürfen bei der Ausbildungsvergütung nicht aus der Pflicht genommen werden. 19 % der Unternehmen und Betriebe in Deutschland bilden aus. Die anderen Unternehmen und Betriebe profitieren von gut ausgebildeten Arbeitskräften, für die sie nicht bezahlen und keine Kapazitäten investieren mussten. Das wollen wir ändern. Durch eine umlagefinanzierte Ausbildungsvergütung wollen wir Unternehmen und Betriebe, die nicht ausbilden, an den finanziellen Kosten beteiligen.
- Für kleine Unternehmen und Betriebe kann es eine große Herausforderung sein, alleine eine*n Auszubildende*n zu beschäftigen. Deshalb fordern wir die Möglichkeit von Ausbildungs Kooperationen von mehreren Unternehmen oder Betrieben, die es ermöglichen, dass mehrere Unternehmen oder Betriebe gemeinsam eine Person ausbilden.
- Gute Ausbildung kann nur in gut ausgestatteten Berufsschulen und Werkstätten erfolgen. Das ist heute oftmals nicht gegeben. Wir fordern Investitionen, um die Schulen zu modernisieren und zu angenehmen Lernräumen zu machen.
- Neben gut ausgestatteten Räumlichkeiten benötigen Berufsschüler*innen auch gut ausgebildete Lehrkräfte, die ihnen die wichtigen Inhalte der Ausbildung vermitteln können. Da der Ausbildungsweg für Berufsschullehrer*innen sehr lange dauert, fordern wir dabei Unterstützung und Förderung bei der Weiterbildung.

- Lernen sollte so einfach wie möglich und kostenfrei sein. Deswegen müssen mehr Ausbildungsmittel für die Berufsschule bereit gestellt werden. Außerdem fordern wir, dass Azubis Anspruch auf 2 Wochen bezahlten Sonderurlaub vor ihren Prüfungen haben, um meist mehrere Jahre Stoff zu wiederholen.
- Gerade im sozialen und medizinischen Bereich finden viele Ausbildungen nur an einer Berufsfachschule statt (schulische Ausbildung). Die Schüler*innen, die diese Schulen besuchen, bekommen nicht nur keine Ausbildungsvergütung, sondern müssen teilweise auch für ihre Ausbildung zahlen. Grund dafür ist, dass viele Auszubildende auf private Schulen ausweichen, da es nicht genug staatliche Schulen gibt. Wir fordern deshalb den Ausbau der staatlichen Schulen und die Möglichkeit, eine Ausbildung ohne Schulgebühren absolvieren zu können.
- Um Ausbildungen attraktiv zu machen, benötigt es eine Arbeitszeitverkürzung. Wir fordern eine Verringerung der Stunden auf 30 pro Woche, bei steigender Ausbildungsvergütung, um den Auszubildenden neben der Arbeit weiteren Freiraum für ihre eigene Entwicklung zu ermöglichen.
- Eine weitere Maßnahme um Ausbildungen attraktiver zu machen und Auszubildenden Planungssicherheit zu geben, ist die verstärkte Einführung von Übernahmegarantien, bei denen darauf geachtet wird, dass die Auszubildenden auch wirklich in dem Bereich arbeiten, auf dem ihr Ausbildungsschwerpunkt lag.
- Auszubildende sind keine billigen Arbeitskräfte, sondern sollen in ihrer Ausbildung das Handwerk lernen. Um eine Ausbeutung zu verhindern, müssen Azubis zu Beginn der Ausbildung über ihre Arbeitsrechte aufgeklärt und informiert werden. Dies soll neben dem Unterricht, welcher von gut geschulten Lehrkräften durchgeführt werden muss, an einem verpflichtenden Gewerkschaftsinformationstag stattfinden, an dem in der Region tätige und für die Azubis zuständige Gewerkschafter*innen an die Berufsschule kommen und Aufklärung leisten. Hierfür wird ein Schultag verwendet.
- Kammern sind zuständig für die Forderung und Überwachung der Berufsausbildung. Dass die Kammern, als Interessensvertretung der Arbeitgeber*innen, nicht immer unabhängig entscheiden, ist sehr naheliegend. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Einrichtung unabhängiger Institutionen, die die Betreuung und das Abnehmen der Prüfungen übernehmen sowie als Beschwerdestelle dienen und diesbezüglich die Kammern in deren Funktionen ersetzen.

- **Wir streiten dafür, das Ansehen von Ausbildungsberufen zu erhöhen und setzen uns dafür ein, dass Auszubildende sich politisch engagieren können.**